

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Erzgebirgskaserne Marienberg, Neubau von 2 Unterkunftsgebäuden

OJ S 35/2024 19/02/2024

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer**1.1. Beschaffer**

Offizielle Bezeichnung: Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement,
Zentrale, Zentralstelle Vergabe- und Vertragsmanagement

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren**2.1. Verfahren**

Titel: Erzgebirgskaserne Marienberg, Neubau von 2 Unterkunftsgebäuden

Beschreibung: Objektplanung Gebäude und Innenräume

Kennung des Verfahrens: 5ba001c6-c964-41fb-ac6d-bc426ea6e977

Interne Kennung: 23D310028

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum
Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie
planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Zschopauer Straße 43

Stadt: Marienberg

Postleitzahl: 09496

Land, Gliederung (NUTS): Erzgebirgskreis (DED42)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Dieses annullierte oder ergebnislos gebliebene Verfahren oder Los wird neu aufgelegt

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2009/81/EG

vsvgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift:

2.1.6. Ausschlussgründe:

Korruption: gesetzliche Regelung

Betrugsbekämpfung: gesetzliche Regelung

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: gesetzliche Regelung

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:
gesetzliche Regelung

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: gesetzliche Regelung

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: gesetzliche Regelung
Konkurs: gesetzliche Regelung
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: gesetzliche Regelung
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: gesetzliche Regelung
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: gesetzliche Regelung
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: gesetzliche Regelung
Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: gesetzliche Regelung
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: gesetzliche Regelung
Falsche Angaben, verweigerter Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: gesetzliche Regelung
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: gesetzliche Regelung
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: gesetzliche Regelung
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: gesetzliche Regelung
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: gesetzliche Regelung
Entrichtung von Steuern: gesetzliche Regelung
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: gesetzliche Regelung
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: gesetzliche Regelung
Zahlungsunfähigkeit: gesetzliche Regelung

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Erzgebirgskaserne Marienberg, Neubau von 2 Unterkunftsgebäuden
Beschreibung: Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Verteidigung, vertreten durch das Referat 55 des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, vertreten durch den Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, beabsichtigt die Errichtung des Neubaus zweier Unterkunftsgebäude in der militärischen Liegenschaft der Erzgebirgskaserne Marienberg. Der Fehlbedarf an Unterkünften in der Qualität neuer Unterkunftsstandard [1.1.5] soll durch den Neubau von zwei Unterkunftsgebäuden gedeckt werden. Im Rahmen der Erstellung der initialen Projektunterlage wurden zwei parallel angeordnete, längsorientierte, 4-geschossige Baukörper geplant, mit einer Bruttogrundfläche von ca. 10.000 m². Beide Baukörper werden in einer zusammenhängenden Baumaßnahme hergestellt. Ziel der Baumaßnahmen einer geplanten Sanierungskette ist neben der notwendigen Steigerung der Attraktivität des Dienstes auch die geforderte Trennung von Unterkunfts- und Funktionsbereichen. Die Sanierungskette soll mit dem Neubau der zwei Unterkunftsgebäude beginnen, welche die Kapazitäten von 309 Unterkünften abdecken. Der Neubau beinhaltet Unterkünfte als Einzelunterkunft mit eigenem Duschbad im aktuellen Standard sowie dazugehörige Lager-/ Putz-/ Funktions- und Betreuungsräume. Die Baukosten der Baumaßnahme wurden mit Abschluss der initialen Projektunterlage in Höhe von 16.516.000 € brutto (für Gesamtbauwerkskosten KG 200-600) bestätigt. Gegenstand der geplanten Beauftragung ist das Leistungsbild Objektplanung Gebäude und Innenräume gemäß §§ 34 ff. i.V.m. Anlage 10 HOAI für den Neubau von zwei Unterkunftsgebäuden für die Erzgebirgskaserne Marienberg. Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Nicht Auftragsbestandteil sind Planungsleistungen für die Erschließung des Grundstücks. Einzelheiten zum Leistungsumfang sind dem Vertrag zu entnehmen sowie der

Anlage zu § 6 – Spezifische Leistungspflichten zum Vertrag. Weiterführende Beschreibungen siehe Vergabeunterlagen - Projektbeschreibung

Interne Kennung: 23D310028

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Zunächst Beauftragung der Leistungen der Leistungsphasen 2 bis 4 nach Anlage 10 zu § 34 / § 35 HOAI, mit der Option der stufenweisen Beauftragung weiterer Leistungen der folgenden Leistungsphasen 5 bis 8. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster Leistungsphasen.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Zschopauer Straße 43

Stadt: Marienberg

Postleitzahl: 09496

Land, Gliederung (NUTS): Erzgebirgskreis (DED42)

Land: Deutschland

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# 1.) Zusätzliche Angaben: Die Vergabeunterlagen für den Teilnahmewettbewerb (Stufe 1 des Vergabeverfahrens) werden ausschließlich und kostenfrei unter www.sib.sachsen.de / Öffentliche Ausschreibungen / VSVgV- Vergabe / 23D310028 Erzgebirgskaserne Marienberg, Neubau Unterkunftsgebäude, Objektplanung Gebäude und Innenräume zum Download bereitgestellt. Folgende Unterlagen stellt der Auftraggeber bereit: A01_912-AI EU-B_Bewerbungsbedingungen.pdf; A02.00_Projektbeschreibung.pdf; A02.01_Anlage 1-Lagepläne.pdf; A02.02_Anlage 2-Auszug IPU.pdf; A03.00_Vertragsformular.pdf; A03.01_Vertrag-Anlage_Allgemeine Vertragsbestimmungen.pdf; A03.02_Vertrag-Anlage zu § 6.pdf; A03.03_Vertrag-Anlage zu § 14 Nr. 14.1_Verpflichtung.docx; A03.04_Vertrag-Anlage_Datenaustausch.doc; A03.05_Vertrag-Anlage_Formblatt Abnahmebescheinigung.pdf; A03.06_Vertrag-Anlage_AIA Bundesbau Level I.pdf; A03.07_Vertrag-Anlage_Muster_BAP_Vorlage.docx; A03.08_Vertrag-Anlage_Projektdatenblatt.pdf; A03.10_Vertrag-Anlage zu § 10_Zusammenstellung Einzelpreise.xlsx; A03.11_Vertrag-Anlage_Merkblatt Feststellungsbescheinigung.docx; A04_Matrix Bewerberauswahl.pdf; A05_Matrix Bieterauswahl.pdf; A06_Katalog_Bauwerkszuordnungskatalog (BWZ) 30.03.2016.pdf; B00_Kennzettel zur Einreichung Teilnahmeantrag.pdf; B01_901-AI EU VS_Bewerbungsbogen.pdf; B02_901R-AI EU VS_Referenzbogen.pdf; B03_934-AI EU VS_Erklärung_der_Bieter-Arbeitsgemeinschaft.pdf; B04_935-AI EU VS_Verzeichnis anderer Unternehmen.pdf; B05_936-AI EU VS_Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen.pdf; B06_Eigenerklärung Art. 5k VO (EU) Nr. 833.2014.pdf 2.) Die einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind auszudrucken und

vollständig ausgefüllt mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Teilnahmeanträge können ausschließlich SCHRIFTLICH an die oben benannte Kontaktstelle des Auftraggebers eingereicht werden. Die Unterlagen sind in einem verschlossenen Umschlag einzureichen. Es ist der vom Auftraggeber erstellte Kennzettel zu benutzen. Nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge, elektronische Teilnahmeanträge oder formlose Anträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. 3.) Der Teilnahmeantrag besteht aus dem Bewerberbogen, Nachweisen und ggf. weiteren Unterlagen. 3.1) Ein Unternehmen, das in eigenem Namen am Vergabeverfahren teilnimmt u. nicht die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, um die Eignungskriterien zu erfüllen, muss nur einen Bewerberbogen mit ggf. geforderten Anlagen als Teilnahmeantrag einreichen. 3.2) Ein Unternehmen, das in eigenem Namen am Vergabeverfahren teilnimmt, aber die Kapazitäten eines oder mehrerer anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, muss in Fällen von Eignungsleihe seinen eigenen Bewerberbogen und dessen Anlagen zusammen mit jeweils einem separaten Bewerberbogen für jedes einzelne hierfür in Anspruch genommenen Unternehmen mit den verlangten Informationen und Unterlagen an den öffentlichen Auftraggeber als Teilnahmeantrag übermitteln. Dies gilt insbesondere für techn. Fachkräfte o. Stellen, die nicht unmittelbar dem Unternehmen angehören, deren Kapazitäten das Unternehmen in Anspruch nehmen möchte, insbesondere für diejenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind. 3.3) Bei Bewerbergemeinschaft (BG) ist für jedes Mitglied ein separater Bewerberbogen mit den verlangten Informationen vorzulegen. Das vertretungsberechtigte Mitglied der BG reicht seinen Bewerberbogen mit den geforderten Unterlagen als Teilnahmeantrag ein und legt die Bewerberbögen u. ggf. weitere Unterlagen der übrigen Mitglieder der BG (als Eigenerklärungen) als Anlage bei. Die gestellten Anforderungen an die Fachkunde und Leistungsfähigkeit gelten als erfüllt, wenn die betreffenden Nachweise von einem o. mehreren Mitgliedsunternehmen erbracht werden u. in ihrer Summe die gestellten Anforderungen erfüllen. Ausgenommen davon sind der zuführende Negativnachweis bezüglich der Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB, der Nachweis zur Berufshaftpflichtversicherung sowie die Eigenerklärung Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014 (RUS-Sanktionen). Diese Anforderungen sind von jedem Mitgliedsunternehmen einzeln zu erfüllen. 4.) Geforderte Nachweise sind grundsätzlich als Kopie zugelassen, sofern nicht ausdrücklich anders verlangt. Nicht deutschsprachige Nachweise müssen als Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden (Mindestanforderung). 5.) Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig. Eine Mehrfachbewerbung sind auch Teilnahmeanträge/Angebote unterschiedl. Niederlassungen eines Büros. Mehrfachbewerbungen von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft (BG) bzw. unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros u. von Nachauftragnehmern können das Ausscheiden aller Mitglieder der BG sowie aller Bieter mit gleichen Nachauftragnehmern zur Folge haben. 6.) Nicht erwünscht sind allgemeine Werbebroschüren u. weitere Unterlagen zur Vorstellung des Bewerbers/ Bieters sowie zusätzliche Angaben, die über die geforderten hinausgehen. Diese werden im Verfahren nicht berücksichtigt. 7.) Enthalten die Bekanntmachung o. die Vergabeunterlagen Unklarheiten, Widersprüche o. verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers/Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber/Bieter den AG unverzüglich in Textform darauf hinzuweisen. Erfolgt dies nicht, ist der Bewerber /Bieter mit diesen Einwendungen präkludiert. 8.) Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung: 1.) BERUFLICHEN BEFÄHIGUNG: Es ist zugelassen, wer berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt zu führen und bei einer Architektenkammer eingetragen ist, oder Bauingenieure mit Eintrag in eine Liste „Bauvorlageberechtigte Ingenieure“ oder vergleichbar bei einer Ingenieurkammer, und nach § 65 SächsBO Bauvorlageberechtigung besitzt. Der Nachweis der Bauvorlageberechtigung ist durch Vorlage des Eintrags bei einer Architekten- oder Ingenieurkammer zu führen. Ist der Bewerber eine juristische Person, ist dieser nur dann teilnahmeberechtigt, wenn durch den Bewerber nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Berufsangehörige die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann, a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen oder b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben. 2.) EINTRAGUNG HANDELSREGISTER (bei Eintragungspflicht): Hierzu Angabe von Register, Zeitpunkt der Eintragung, Nummer sowie Vorlage Handelsregisterauszug. 3.) WEITERE ANGABEN /ERKLÄRUNGEN: 3.1) Angaben zur Identität Rechtsform des Unternehmens (Name, Anschrift, Kontaktdaten wie Tel.Nr., Fax Nr., Email, usw.) 3.2) Erklärung, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren • gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder • gemäß § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentendegesetz oder • gemäß § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist. Ggf. Angaben zur Selbstreinigung nach § 125 GWB. 3.3) Neben Einzelunternehmen sind auch Bietergemeinschaften (BG) zugelassen. Zusätzliche Informationen siehe Abschnitt 5.1.6 "Zusätzliche Informationen", Ziffer 3.3) dieser Auftragsbekanntmachung. Rechtsform von BG: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Abgabe Erklärung, dass Mitglieder BG (ARGE) gesamtschuldnerisch haften, auch über die Auflösung der ARGE hinaus. Die BG muss einen bevollmächtigten Vertreter benennen. Hierzu liegt das Formblatt „Erklärung der Bewerbergemeinschaft“ den Ausschreibungsunterlagen bei. Der AG behält sich vor, ergänzende Unterlagen abzufordern, welche Zulässigkeit der Kooperation in Form einer BG (§ 1 GWB) belegen. Sollte sich im Laufe des Verfahrens eine bestehende BG in ihrer Zusammensetzung verändern oder ein Einzelbewerber das Verfahren in BG fortsetzen wollen, ist dies nur mit schriftlicher Einwilligung des AG zulässig. Diese wird jedenfalls nicht erteilt, wenn durch die Veränderung der Wettbewerb wesentlich beeinträchtigt wird oder Veränderung Auswirkungen auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit u. Zuverlässigkeit hat. 3.4) Erklärung gem. Art.5k VO (EU) Nr. 833/2014 (RUS-Sanktionen). Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung: Folgende Eigenerklärungen/Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: 1.) TEILUMSATZ (SPEZIFISCHER JAHRESUMSATZ): Erklärung über den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrages in den letzten 3 Geschäftsjahren in Euro/netto je Geschäftsjahr. >>MINDESTANFORDERUNG: Der durchschnittliche Teilumsatz muss mindestens 150.000 EUR betragen. 2.) NACHWEIS

BERUFSHAFTPFLICHTVERSICHERUNG: Erklärung und Vorlage Nachweis über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung. Der Bewerber ist verpflichtet als Nachweis über das Bestehen des Versicherungsschutzes zur Abdeckung aller Schadens- und/oder Regressansprüche wegen Personen- und sonstigen Schäden eine entsprechende Bescheinigung des Versicherungsunternehmens (nicht Makler) vorzulegen.

>>MINDESTANFORDERUNG: Es ist eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen für Personenschäden von 3.000.000,00 EUR und Deckungssummen für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) von 3.000.000,00 EUR bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens vor Vertragsschluss abzuschließen und nachzuweisen. Die Berufshaftpflichtversicherung muss während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachgewiesen werden. Es ist zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens (nicht Makler) erfüllt werden, mit der dieses den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens (nicht Makler) erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. 3.) RECHTLICH UND WIRTSCHAFTLICHE VERKNÜPFUNGEN: Erklärung, über das Bestehen von rechtlich und wirtschaftlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen mit Angabe, ob wirtschaftliche Verknüpfungen vorliegen, unter Benennung der Unternehmen und Beschreibung zur Art und Weise der Verknüpfung. Erklärung, dass der Auftrag unabhängig von anderen Ausführungs- und Lieferinteressen ausgeführt wird.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung: Folgende Eigenerklärungen/Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: 1.) REFERENZEN Erklärung zu geeigneten Referenzen. Die Auflistung ist auf Projekte zu beschränken, deren Planungs- oder Beratungsanforderungen mit denen der zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind. Hierzu ist der den Ausschreibungsunterlagen beigefügte Referenzbogen (Formblatt 901R-AI EU VS) zu nutzen. Geforderte Angaben zu den Referenzen siehe Formblatt 901R-AI EU VS zzgl. aussagekräftiger Projektdarstellung je Referenz. Zur Sicherstellung eines ausreichenden Wettbewerbs werden auch Referenzen berücksichtigt, die mehr als 5 Jahre zurückliegen, sofern dies im Folgenden so bestimmt. >>MINDESTANFORDERUNGEN: Zum Nachweis der Erfahrungen bei vergleichbaren Planungsleistungen sind mindestens 2 geeignete Referenzen über vom Bieter erbrachte Dienstleistungen anhand der nummerierten Referenzbögen aufzulisten. Die Auflistung ist auf Projekte zu beschränken, deren Planungs- oder Beratungsanforderungen mit denen der zu vergebenden Planungs- oder Beratungsleistung vergleichbar sind (hier Objektplanung für Gebäude und Innenräume gemäß § 34 HOAI). Die Referenzen müssen folgende

Mindestbedingungen erfüllen: a) Alle Referenzen sind fertiggestellt, das heißt, die nutzungsfähige Übergabe/Inbetriebnahme der Referenzobjekte erfolgte ab dem 01.01.2019 bis spätestens zum Einreichungstermin gem. Auftragsbekanntmachung. b) Bei allen Referenzen handelt es sich um einen Neubau. c) Alle Referenzen beinhalten mindestens Planungsanforderungen der Honorarzone II (gemäß § 35 HOAI). d) Bei mindestens einer Referenz wurden mindestens die Grundleistungen der Leistungsphasen 2 bis 8 gemäß § 34 HOAI erbracht. e) Mindestens eine Referenz beinhaltet Planungsanforderungen der Honorarzone III oder höher (gemäß § 35 HOAI). f) Bei mindestens einer Referenz handelt es sich um einen Neubau mit Gesamtbaukosten (KG 200 bis 500) in Höhe von mindestens 2.500.000 EUR netto. g) Bei mindestens einer Referenz handelt es sich um einen Neubau in der Bauwerkszuordnung 6200 bis 6600. 2.) STUDIEN- UND AUSBILDUNGSNACHWEISE SOWIE BESCHEINIGUNG ÜBER DIE ERLAUBNIS ZUR BERUFSAUSÜBUNG: Nachweis der beruflichen Befähigung durch Vorlage der Studien- und Ausbildungsnachweise / Bescheinigung über die Erlaubnis zur Berufsausübung für den Inhaber / Inhaberin oder die Führungskräfte des Unternehmens. Führungskräfte sind dabei verantwortliche Personen die im Auftragsfall die Leistungserbringung leiten und steuern. Anforderungen siehe Abschnitt 5.1.9 "Eignung zur Berufsausübung", Ziffer 1.) dieser Auftragsbekanntmachung. 3.) BESCHÄFTIGTENZAHL: Erklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens, aufgegliedert in Berufsgruppen (z.B. Architekten, Ingenieure, Techniker, Technische Zeichner, u.ä.), und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten 3 Jahren. >>MINDESTANFORDERUNG: Die Mindestanzahl an jahresdurchschnittlich Beschäftigten muss pro Jahr durchschnittlich mind. 2 Ingenieure (einschl. Büroinhaber) betragen. 4.) NUTZUNG KAPAZITÄTEN ANDERER UNTERNEHMEN: Erklärung zur Inanspruchnahme Kapazitäten anderer Unternehmen mit Bezeichnung der zu vergebenden Teilleistungen bzw. der in Anspruch genommenen Kapazität und Angabe des Namens des Unterauftragnehmers bzw. des anderen Unternehmens (Formblatt 935-AI EU VS). Nur in Fällen von Eignungsleihe ist mit dem Teilnahmeantrag zusätzlich vom anderen Unternehmen ein separater Bewerberbogen mit den verlangten Informationen und Unterlagen vorzulegen. In allen anderen Fällen fordert der Auftraggeber erforderliche Erklärungen und Nachweise zur Eignung der Dritten ggf. von den Bewerbern/Bietern, die in die engere Wahl kommen gesondert ab und behält sich vor, die Eignung der Dritten für die von ihnen zu erbringenden Leistungen zu prüfen. 5.) VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG ANDERER UNTERNEHMEN: Sofern sich Kapazitäten anderer Unternehmen bedient wird (Unteraufträge/Eignungsleihe) ist mit dem Teilnahmeantrag für jedes Unternehmen die den Vergabeunterlagen beigefügte Verpflichtungserklärung (Formblatt 936-AI EU VS) unter Beschreibung der (Teil-)Leistungen und der Verpflichtung der Bereitstellung der Kapazitäten im Auftragsfall abzugeben. Der Auftraggeber verlangt eine gemeinsame Haftung des Bewerbers/Bieters, sofern dieser die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt (Eignungsleihe). Des Weiteren verlangt er die Auftragsausführung des anderen Unternehmens für Leistungen entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: A1. Projektorganisation 25% A2. Auseinandersetzung mit Aufgabenstellung 20% A3. Projektmanagement 20% A4. Fachspezifische Anforderungen 15%

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 80

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: A5. Honorarbestandteile

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 20

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: siehe Vergabeunterlagen: Matrix Bieterauswahl

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Obligatorische Angabe der Vergabe von Unteraufträgen: Anteil des Auftrags, den der Bieter im Wege von Unteraufträgen zu vergeben gedenkt

Elektronische Einreichung: Nicht zulässig

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 26/03/2024 15:00:00 (UTC+1)

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: gesetzliche Regelung

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Ja

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe Vergabeunterlagen

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Finanzielle Vereinbarung: siehe Vergabeunterlagen

Vergabe von Unteraufträgen:

Es gilt keine Verpflichtung zur Vergabe von Unteraufträgen.

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen

Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur

Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen

Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist

ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung: Keine Rahmenvereinbarung

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: 1.Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: 1.

Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Zentrale, Zentralstelle Vergabe- und Vertragsmanagement

Organisation, die Angebote bearbeitet: Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Zentrale, Zentralstelle Vergabe- und Vertragsmanagement

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: 1.Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Registrierungsnummer: 05315-03002-81

Postanschrift: Villemombler Straße 76

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: 000

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Zentrale, Zentralstelle Vergabe- und Vertragsmanagement

Registrierungsnummer: DE 233121477

Stadt: Dresden

Postleitzahl: 01129

Land, Gliederung (NUTS): Dresden, Kreisfreie Stadt (DED21)

Land: Deutschland

E-Mail: vergaben.ai@sib.smf.sachsen.de

Telefon: 000

Profil des Erwerbers: <https://www.sib.sachsen.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

11. Informationen zur Bekanntmachung

11.1. Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 273b8804-d40c-4a5a-9b4a-e5d0c047990c - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/02/2024 00:00:00 (UTC+1)

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

11.2. Informationen zur Veröffentlichung

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 103526-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 35/2024

Datum der Veröffentlichung: 19/02/2024